



ایران رپورت

Iran-Report

11/20

November 2020 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	11
Wirtschaft	15
Aussenpolitik	18

Iran steht an einem Scheideweg. Nach dem Austritt der USA und der Wiedereinführung von Wirtschaftssanktionen droht das Atomabkommen zu scheitern. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung, die Öffnung nach außen und vor allem auch die Liberalisierung der theokratischen Staatsordnung sind in weite Ferne gerückt. Über den Kurs des Landes, auch über die Rolle Irans in der Region, ist sich die Staatsführung nicht einig. Wie der Machtkampf, der schon seit geraumer Zeit zwischen Konservativen und Reformern tobt, ausgehen wird, ist ungewiss. Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Anja Hoffmann
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
19. Jahrgang

INNENPOLITIK

Abgeordneter fordert Rohanis Hinrichtung / Raisi legt ein Dokument über Rechtssicherheit vor / Corona-Krise – landesweit stehen fast alle Ampeln auf rot / Nargess Mohammadi freigelassen / Massiver Cyberangriff gegen zwei staatliche Einrichtungen / Frau ohne Kopftuch auf dem Fahrrad verhaftet / Mangel an Insulin bringt Diabetiker zur Verzweiflung / Hosseini, neuer Minister für Industrie, Bergbau und Handel / Adelkhah vorübergehend aus dem Gefängnis entlassen / Kann eine Frau in Iran Präsidentin werden?

ABGEORDNETER FORDERT ROHANIS HINRICHTUNG

„Irans Führer sollte anordnen, dass Sie tausendmal hingerichtet werden, damit das Herz des iranischen Volkes aufblüht,“ twitterte der Abgeordnete Modschtaba Silnuri am 18. Oktober. Er reagierte damit auf eine Äußerung Rohanis, der zur Lage des Landes erklärt hatte: „Notfalls führen wir Krieg, aber notfalls ebenso Frieden.“ Dabei berief er sich auf den Heiligen Imam Hassan, einen Enkel des Propheten Mohammed, der entschieden hatte, mit seinem Feind Muawieh Frieden zu schließen und dabei auch Verluste hinzunehmen, anstatt einen aussichtslosen Kampf zu führen und den Märtyrertod zu sterben. Unter Muslimen ist diese Entscheidung bis heute höchst umstritten. Rohani argumentierte: „Imam Hassan hat seinen Kritikern gesagt, die Mehrheit des Volkes will Frieden und wenn die Mehrheit Frieden will, dann will auch ich den Frieden. Imam Hassan lehrt uns, Mann des Krieges zu sein, wenn es Krieg gibt, aber auch Mann des Friedens zu sein, wenn es Frieden geben kann.“

Die Gegner Rohanis haben seine Äußerung als Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem Erzfeind USA aufgefasst und ihn dafür als Verräter bezeichnet.

Aber Rohani ist nicht der einzige, der in schwierigen Situationen an die Entscheidung des Imam Hassan erinnerte. Am 8. Mai dieses Jahres war, aus welchem Grund auch immer, eine frühere Äußerung des Revolutionsführers Ali Chamenei über Imam Hassan auf seiner Webseite erschienen. „Imam Hassan war die mutigste Persönlichkeit in der Geschichte des Islam,“ hieß es. „Er war bereit, sich selbst und seinen Namen zu opfern, um sich für den Frieden zu entscheiden, um den Islam und den Koran zu schützen.“ Bereits früher hatte Chamenei bei seiner berühmten Rede im Zusammenhang mit den Atomverhandlungen Imam Hassens Entscheidung zur Legitimierung der Verhandlungen und Zugeständnissen benutzt. „Wir sind nicht gegen vernünftige und richtige diplomatische Verhandlungen,“ sagte er am 17. September 2013. Er verwies auf ein Buch mit dem Titel: „Der Friede von Imam Hassan – die heldenhafteste Kompromissbereitschaft in der Geschichte,“ das er selbst aus dem Arabischen übersetzt hatte und sagte: „Ich bin vom dem überzeugt, was bereits vor Jahren gesagt wurde, vom heldenhaften Kompromiss. Ein Kompromiss ist in bestimmten Situationen notwendig und sehr gut.“

Gegen den Revolutionsführer gab es damals keine Kritik. Umso lauter war der Aufschrei gegen die Äußerung Rohanis. Die ultrarechte Tageszeitung Kayhan, die als Sprachrohr Chameneis gilt, schrieb auf dem Titelblatt mit dem Hinweis auf die US-Sanktionen: „In dieser Lage die Fahne des Friedens zu hissen, ist nichts anderes als Verrat und Dummheit.“ Der einflussreiche Freitagsprediger der Pilgerstadt Maschad, Ahmad Alam Alhodi, der als Hardliner gilt, sagte, Imam Hassan habe sich zum Frieden gezwungen gesehen, „nicht, weil die Mehrheit des Volkes Frieden wollte, sondern weil seine Weggefährten Verräter waren.“

Bemerkenswert bei der neu entflammten Debatte ist, dass seine Gegner Rohani als Verräter beschimpfen, sie gleichzeitig selbst Verhandlungen jedoch nicht grundsätzlich ablehnen. Die rechtsgerichtete Zeitung Farhichtegan schreibt: „Die Regierung Rohani befindet sich nicht in einer Position, die es ihr erlauben und ermöglichen würde, in den noch verbliebenen Monaten (bis zur Wahl des neuen Präsidenten im Juni) eine Initiative zu

starten. Wenn die Wahlen in den USA vorbei sind, gleichgültig ob Biden oder Trump diese gewinnen, wird man vernünftigerweise nicht mit einer Regierung verhandeln, die ihre Basis im Volk verloren hat und zudem mit den Machtzentren des Landes auf Kriegsfuß steht. Man wird erst einmal auf die nächste Regierung (in Iran) warten.“

Auch der Abgeordnete Dschawad Karimi Ghoddussi, der den Revolutionsgarden nahesteht, sagte, gerichtet an Rohani: „Was haben Angsthasen mit Frieden zu tun? Leute, die mutlos und ängstlich sind, kapitulieren, sie sind nicht in der Lage für den Frieden zu kämpfen. Die Regierung sollte in den ihr verbliebenen Monaten lieber den Mund halten und sich in eine Ecke verkrümmen, bis eine neue Regierung gewählt ist.“

Aus diesen Äußerungen könnte man entnehmen, dass die Kritiker Verhandlungen mit den USA nicht grundsätzlich ablehnen. In ihren Augen sollten diese aber nicht Rohani und seine Regierung führen, sondern die Radikalen, die, wie sie glauben, demnächst die Regierung übernehmen werden.

Auf die Forderung, ihn hinzurichten, reagierte Rohani gelassen. Die Feinde des Landes seien stets bemüht, in der iranischen Führung Zwietracht zu säen. Das Parlament sollte nicht zulassen, dass „die teuflischen Pläne der Feinde“ in die Volkvertretung Einzug fänden.

Revolutionsführer Ali Chamenei bezeichnete den Mordaufruf als „Fehler.“ Es sei ein „Fehler“ führende Politiker in der Öffentlichkeit zu „entwürdigen,“ sagte er am 24. Oktober bei einem Treffen mit dem Corona-Krisenstab. Er betonte die Notwendigkeit, die „innere Einheit“ zu wahren. Kritiker sollten die Würde der Verantwortlichen achten. „Zwar gibt es unter den Kritikern auch gute Leute, aber diese Äußerung war ein Fehler. Das möchte ich klar und deutlich sagen. Es kann sein, dass eure Kritik berechtigt ist. Ihr könnt ruhig kritisieren, aber nicht entwürdigen und denunzieren. Das ist der Umgangsstil der Amerikaner. Sie haben sich bei den Auseinandersetzungen im Fernsehen und in den Medien entlarvt, soweit, dass ein hochrangiger US-Politiker sagte, die Welt schaue mit Angst und Entsetzen auf uns.“

Diese Äußerungen Chameneis sollten nicht als Unterstützung Rohanis verstanden werden. Er hat vielmehr offensichtlich die Befürchtung, dass die Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Machtzentren, die immer schärfere Züge annehmen, die Existenz des gesamten Staates gefährden.

RAISI LEGT EIN DOKUMENT ÜBER RECHTSSICHERHEIT VOR

Das Dokument, das am 7. Oktober vom Justizchef Ebrahim Raisi bezüglich der Rechtssicherheit der Staatsbürger unterzeichnet wurde, besteht aus einem Vorwort und 27 Paragraphen. „Dieses Dokument versucht, die politischen Grundlagen zur Rechtssicherheit der Bürger darzustellen und damit einen wichtigen Schritt zur Reform des Rechtssystems zu unternehmen,“ heißt es im Vorwort.

Seit Jahren schon kritisieren Menschenrechtsaktivisten die islamische Gerichtbarkeit, insbesondere in Bezug auf politische Prozesse, die sie als ungerecht und unvereinbar mit der Verfassung bezeichnen. Demgegenüber behauptete die Justiz immer wieder, es gebe keine politischen Prozesse, denn gemäß der Verfassung werde niemand wegen seiner politischen Ansichten gerichtlich verfolgt. Alle Prozesse, die von Kritikern als politische betrachtet würden, seien in Wirklichkeit Prozesse gegen Kriminelle.

Rechtssicherheit ist ein in der Islamischen Republik umstrittener Begriff. In dem Vorwort heißt es: „Rechtssicherheit ist ein Zustand, in dem die Würde, das Leben, das Eigentum der Menschen und alle materiellen und geistigen Werte durch das Gesetz geschützt werden und unangetastet bleiben.“

Der 5. Paragraph handelt von der Transparenz der Gerichtsverhandlungen. Demnach sollen Zeit und Thema öffentlicher Prozesse rechtzeitig auf der Webseite der Justiz bekanntgegeben werden. Ton und Bild der Prozesse sollen auf Antrag des Klägers mit Einverständnis beider Parteien dokumentiert und die Urteile detailliert, bei gleichzeitigem Schutz der Privatsphäre, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Es wird betont, dass von diesem Grundsatz keine Person oder Gruppe ausgenommen sei. Die Transparenz solle Kritikern, Juristen und Anwälten die Möglichkeit geben, zu den Urteilen Stellung zu nehmen. Sollten die Gerichte sich tatsächlich hieran halten, hätte dies zumindest den Vorteil, dass die Richter sich gezwungen sehen würden, ihre Urteile detailliert und in Übereinstimmung mit den Gesetzen und vor allem mit der Verfassung zu begründen.

Zu den allgemeinen Rechten der Bürger heißt es: „Alle Menschen sind, unabhängig von ihrer geschlechtlichen, religiösen, ethnischen und sprachlichen Zugehörigkeit und ihrer politischen Ansichten vor dem Gesetz gleich und haben das Recht, Klagen einzureichen und einen fairen Prozess zu verlangen. Alle Prozesse müssen öffentlich sein, ausgenommen jene, die vom Gesetz festgelegt sind. Alle Angeklagten haben das Recht, sich vom Beginn bis zum Ende des Prozesses, von Anwälten ihrer Wahl verteidigen zu lassen. „Die Einberufung von Pflichtverteidigern sowie die Einschränkung der freien Wahl der Verteidiger ist verboten.“ Anwälte müssen die Sicherheit haben, unabhängig und frei von jeglichem innen- und außenpolitischen Druck, ohne Angst vor Drohungen und Repressalien, ihren Beruf auszuüben.

Zwei Tage vor der Veröffentlichung des Dokuments hatte Mohammad Mossadegh, ein Stellvertreter des Justizchefs, auf einer Tagung zum Thema „Kontrolle der Anwälte und Sachverständigen“ erklärt: „Die Justiz ist entschlossen, ihr Recht zur Kontrolle der Anwälte und Sachverständigen effektiv umzusetzen.“ Das forderte den Protest vieler Anwälte heraus. Doch Mossadegh betonte, dieses Recht der Justiz auf Kontrolle sei gesetzlich festgelegt.

Im Großen und Ganzen bringt das Dokument, mit Ausnahme der oben erwähnten Punkte, keine wirklichen Neuerungen. Zum Beispiel wurde das erwähnte Prinzip der Unschuldsvermutung bereits vor Jahren in die Verfassung aufgenommen. Das Gesetz über die „Unantastbarkeit der legitimen Freiheiten und Schutz der Rechte der Bürger“ wurde 2003 vom Parlament verabschiedet und vom damaligen Präsidenten Mohammad Chatami unterzeichnet. Auch unter Präsident Hassan Rohani gab es eine ähnliche Fassung unter dem Titel die „Charta der Bürgerrechte.“

In dem Dokument heißt es, jede/r gelte als unschuldig, solange nicht das Gegenteil bewiesen sei. Den Beweis müsse der Kläger liefern. Alle staatlichen Instanzen, insbesondere die der Justiz, vor allem Richter und Staatsanwälte, seien verpflichtet, sich an diesem Prinzip zu halten und jegliche Vorurteile zu meiden.

Weiter heißt es, die Angeklagten dürften unter keinen Umständen, „unmenschlich, beleidigend oder demütigend behandelt werden.“ Jede Art von physischer oder psychischer Folter und deren Einsatz zum Erzwingen von Geständnissen sei „absolut verboten.“ Erzwungene Geständnisse dürften nicht als Beweis der Schuld verwendet werden. Jeder Art die Misshandlung von Verurteilten „ist verboten und strafbar. (...) Niemand darf ohne richterliche Verordnung verhaftet, verbannt oder zum Gefängnisaufenthalt gezwungen werden.“

Alle diese, im Dokument festgehaltenen Grundsätze, Verbote und Gebote sind bereits in der Verfassung und in Gesetzen verankert. Doch die Praxis zeigt, dass weder die Richter und Staatsanwälte noch die Geheimdienste und Polizei, sich daran halten. Zahlreiche Urteile, sogar Todesurteile, wurden, insbesondere bei politischen Prozessen, aufgrund von durch Folter erzwungenen Geständnissen gefällt. Es geht also nicht um neue Gesetze,

sondern um die gängige Praxis, um den Einfluss der Geheimdienste, Revolutionsgarden und Machthaber auf die Justiz, die zudem korrupt und bestechlich ist.

Raisi ist im März vergangenen Jahres vom Revolutionsführer zum Justizchef ernannt worden. Er hat Reformen und Säuberungen angekündigt. Doch was er bislang vorweisen kann, ist allein dieses Dokument, das kaum etwas Neues beinhaltet. Dennoch ist seine Veröffentlichung insofern positiv, als dass es zumindest jedem den gravierenden Unterschied zwischen dem, was sein müsste und dem, was die Justiz tatsächlich praktiziert, vor Augen führt.

CORONA-KRISE – LANDESWEIT STEHEN FAST ALLE AMPELN AUF ROT

Im Oktober stieg die Zahl der Toten und Infizierten kontinuierlich an. Ende des Monats wurden innerhalb von 24 Stunden mehr als 400 Tote gezählt. Bereits Anfang des Monats sprach man von der dritten Welle der Pandemie.

Am 2. Oktober berichtete das Gesundheitsministerium, die Untersuchungen hätten ergeben, dass rund 70 Prozent der mit oder an Corona Verstorbenen zur älteren Generation gehören. Minu Mohras, Mitglied des Corona-Krisenstabs, sagte, die Krankenhäuser, die Corona-Kranke aufnehmen, seien überfüllt. Selbst in den Gängen würden Kranke behandelt. Das Personal sei übermüdet. „Wir sind Schwerarbeit gewohnt, aber der psychische Druck ist kaum noch auszuhalten.“ Sie habe in ihrer 45-jährigen Tätigkeit noch nie so viele Menschen streben gesehen, sagte Mohras. Es sei ein Fehler gewesen, die Schulen wieder zu öffnen. „Jetzt stehen im ganzen Land alle Ampeln auf rot.“

Am 6. Oktober verordnete Präsident Rohani die Schließung der Grenzen zum Irak. „Niemand darf versuchen, über die Grenze zu gehen“. Auch im Inland werde es zu „Arbain“ keine Kundgebungen und Zeremonien geben. (Arbain ist der 40. Tag nach dem Märtyrertod von Imam Hussein, der im 7. Jahrhundert sein Leben in der Schlacht von Karbela für Gerechtigkeit aufopferte. Jährlich pilgern zu Arbain Hunderttausende Iraner nach Karbela (Irak), auch in Iran selbst werden Zeremonien veranstaltet.) In diesem Jahr sollen alle den Tag bei sich zu Hause begehen, sagte Rohani.

Fast täglich präsentierte das Gesundheitsministerium neue Rekordzahlen. Im Vergleich zu den Ländern der Region hat Iran die meisten Toten und schwer Erkrankten zu beklagen. Am 9. Oktober ordnete das Gesundheitsministerium an, nur noch dringende Fälle dürften in Krankenhäusern behandelt werden. Auch wurden auf Anordnung des Revolutionsführers Ali Chamenei sämtliche Militärkrankenhäuser für Corona-Kranke zur Verfügung gestellt. Am 11. Oktober ordnete Rohani an, jeder, der sein Haus verlasse, müsse eine Maske tragen. Menschen ohne Maske müssten eine Geldstrafe in Höhe von 50.000 Tuman zahlen. Infizierte, die sich außerhalb ihrer Wohnung aufhielten, würden mit der Zahlung von 200.000 Tuman bestraft.

Gesundheitsminister Said Namaki erklärte am 12. Oktober, Sanktionen und gewaltsame Aktionen in Zeiten der Epidemie seien eine Art Massenmord, der besonders auf einfache und gefährdete Menschen abziele.

Ali Resa Sali, Leiter des Teheraner Stabs zum Kampf gegen das Corona-Virus, gab bekannt, dass unter den Ärzten und dem Pflegepersonal mehr als 200 Menschen gestorben seien. „Das medizinische Personal sei überbelastet und erschöpft,“ sagte er. Regierungssprecher Ali Rabii sagte am 13. Oktober 6.728 Schulen mussten geschlossen werden, weil sie die Vorschriften nicht eingehalten hätten. Die rasche Verbreitung des Virus sei darauf zurückzuführen, dass die Infizierten die medizinischen Zentren viel zu spät aufsuchten.

Nach Meinung von Patienten und Verantwortlichen der Krankenhäuser liege der Grund für das späte Aufsuchen der Krankenhäuser einerseits darin, dass es zu wenig Betten gebe und andererseits und in erster Linie darin, dass die Behandlungskosten zu hoch und für einen Normalverdiener kaum zu leisten seien. Die Agentur Fars berichtete, dass Patienten sogar in staatlichen Krankenhäusern bereits nach wenigen Tagen Aufenthalt „unglaubliche Rechnungen“ bekämen, die sie nie und nimmer begleichen könnten.

Am 14. Oktober schrieb New York Times: „2003, als ein Erdbeben in der iranischen Stadt Bam Tausende Menschen tötete, sah Präsident Bush über Jahre der Feindseligkeit hinweg und schickte Rettungskräfte und medizinische Ausrüstung. Außerdem lockerte er vorübergehend einige Auflagen zum Geldtransfer und zu Gütersendungen in das Land. (...) Diesen Herbst, in dem die Zahl der Covid-19-Toten in Iran steigt, (...) zeigt die Trump-Regierung wenig Gnade. Während Iran eine halbe Million Infektionsfälle und mehr als 27.000 Tote verzeichnet, erlässt die US-Regierung neue Sanktionen gegen das Land, das bereits Probleme hatte, lebenswichtige Medizin zu kaufen.“

Am 11. Oktober meldete die Agentur Tasnim, der Chef der Atombehörde Ali Akbar Salehi habe sich mit dem Corona-Virus infiziert und befinde sich in Quarantäne, auch Vizepräsident Bagher Nobacht sei positiv getestet worden. Am 14. Oktober verhängte die Regierung ein Reiseverbot über fünf große Städte, welches zunächst für die drei Feiertage vorgesehen war. Damit sollten Kurzreisen unterbunden werden.

Iradj Harirtschi, Vizegesundheitsminister, erklärte am 14. Oktober, die tatsächliche Zahl der Toten liege weit höher als offiziell angegeben, das heißt zwischen anderthalb bis 2,2-mal höher. Offiziellen Angaben zufolge lag Mitte Oktober die Gesamtzahl der Toten seit Beginn der Pandemie bei mehr als 29.300 und die der Infizierten bei 513.000. Die Regierung ist bemüht, angesichts der wirtschaftlich miserablen Lage, einen kompletten Lockdown zu vermeiden. Klare und durchdachte Pläne gibt es nicht, Entscheidungen werden von einem auf den anderen Tag gefällt, sie werden von der Bevölkerung daher immer weniger ernst genommen. Täglich werden neue Rekordzahlen veröffentlicht. Die Versorgung mit Medikamenten ist mangelhaft, die Krankenhäuser sind kaum noch in der Lage, die Akutkranken zu versorgen. Die Verantwortlichen zeigen sich besorgt. Die Sprecherin des Gesundheitsministeriums, Sima Sadat Lari, sagte am 19. Oktober: „Seit ein paar Tagen sind wir mit einem nie da gewesenen Anstieg der Sterblichkeit konfrontiert.“ Auch ein Mitglied des Krisenstabs, Masud Mardani, sagte: „Die amtliche Statistik muss mit 2,5 multipliziert werden, um an die realen Zahlen zu kommen. Demnach gebe es mehr als 840 Tote pro Tag.“

Wie am 28. Oktober bekannt wurde, wurde auch Parlamentspräsident Mohammad Ghalibaf positiv getestet. Das Präsidialamt hatte Ghalibaf zuvor kritisiert und ihm vorgeworfen, die Hygienevorschriften nicht eingehalten zu haben. Ghalibaf hatte, um sich als volksnah zu präsentieren, Krankenhäuser besucht.

Eine religiöse Massenversammlung auf einem Sportplatz in der Pilgerstadt Maschad mit zehntausenden Teilnehmern sorgte für Unmut in der Bevölkerung und bei den Behörden. Ali Birdschandi, Leiter des Gesundheitsamts der Stadt Maschad, sagte: Während Ärzte und Pflegepersonal ihr Leben riskieren und unter schweren Umständen versuchen Corona-Kranke zu versorgen, ist eine solche Versammlung ein harter Schlag gegen das gesamte Gesundheitssystem. Und Minu Mohras, Mitglied des Krisenstabs, erklärte, sie sei erstaunt über die Menschen und Verantwortlichen, die solche Veranstaltungen organisieren und daran teilnehmen. Anscheinend haben manche noch nicht begriffen, dass sich das Virus „schrecklich weit im ganzen Land verbreitet hat.“

Am 28. Oktober registrierte das Gesundheitsamt eine neue Rekordzahl von Toten und Infizierten. Demnach starben innerhalb von 24 Stunden 415 Menschen an oder mit Corona. Unter den Ländern des Nahen Ostens steht Iran mit insgesamt mehr als 33.700 Toten und fast 560.000 Infizierten an erster Stelle.

Ein verzweifelter Gesundheitsminister steht vor der drohenden Katastrophe, er bittet und bettelt um Hilfe. Aber niemand hört ihm zu. „Ich als Gesundheitsminister kann die Epidemie nicht allein bezwingen,“ sagte Namaki. „Wenn eines Tages dem Gesundheitsministerium vorgeworfen werden sollte, den Kampf gegen die Epidemie nicht richtig organisiert zu haben, werde ich den Mund aufmachen und erzählen, wer was gemacht hat,“ sagte Minister Namaki.

NARGESS MOHAMMADI FREIGELASSEN

Die Menschenrechtsaktivistin Nargess Mohammadi wurde am 8. Oktober aus dem Gefängnis in Sandschan entlassen. Wie Esmail Sadegh Niaraki, Justizchef der Provinz mitteilt, wurde Mohammadi aufgrund des neuen Gesetzes über die Reduzierung der Strafen freigelassen. Die Freilassung bestätigte auch ihr Mann, Taghi Rahmani.

Mohammadi war zuletzt 2014, nach einem Treffen mit Cathrine Ashton, der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, in Teheran festgenommen worden. Mohammadi machte in den vergangenen zehn Jahren immer wieder Schlagzeilen. Sie gehört zu den bekanntesten Menschenrechtsaktivistinnen, die ohne Repressalien zu scheuen, offen gegen das Regime Widerstand leisten.

Mohammadi war Vizevorsitzende und Sprecherin des Vereins zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran. In diesem Verein waren bekannte Menschenrechtsaktivisten und Anwälte wie Abdolfattah Soltani und Nassrin Sotoudeh versammelt. Den Vorsitz hatte die Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi inne. Zudem war Mohammadi Vorsitzende des Friedensrats zur Abschaffung der Todesstrafe.

Mohammadi hatte angewandte Physik studiert, sie war jedoch in den vergangenen Jahrzehnten vorwiegend als politisch und sozial engagierte Journalistin tätig. Sie arbeitete mit der „National-Religiösen“ Gruppe zusammen und gehörte in den neunziger Jahren zum Wahlkampfteam von Ex-Präsident Mohammad Chatami. 1998 heiratete sie den Oppositionellen Taghi Rahmani, der ebenfalls mit den National-Religiösen zusammenarbeitete und 14 Jahren seines Lebens im Gefängnis verbrachte.

Im Januar 2009 wurde, wie Mohammadi selbst berichtete, der Verein zur Verteidigung der Menschenrechte von Sicherheitsbeamten gestürmt und geschlossen. „Sie forderten mich auf, meine Mitgliedschaft im Verein und dem Friedensrat offiziell zu kündigen, andernfalls werden sie Sanktionen gegen mich einleiten,“ schrieb sie. „Als im Juni 2009 die Proteste (gegen die umstrittene Wiederwahl von Präsident Ahmadinedschad) begannen, wurde ich aufgefordert, Teheran zu verlassen. Glaube ja nicht, dass du nicht ins Gefängnis kommst, weil du kleine Kinder hast, sagten sie.“ Damals waren ihre Kinder (Zwillinge) zweieinhalb Jahre alt. Ihr Mann war ins Ausland geflüchtet. Tatsächlich wurde sie ein Jahr später in ihrer Wohnung verhaftet. Die Kinder wurden später zu ihrem Vater ins Ausland geschickt.

Die inzwischen 58-jährige Mohammadi hat bereits mehrmals Gefängnisstrafen verbüßt, doch sie wurde aus gesundheitlichen Gründen immer wieder vorzeitig entlassen. Ihr letzter Gefängnisaufenthalt dauerte sechs Jahre. Sie war kurz nach dem Treffen mit Ashton wegen „Zusammenarbeit mit dem Islamischen Staat (IS), Propaganda gegen die Staatsordnung der Islamischen Republik, Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit und Mitgliedschaft in einer illegalen Vereinigung zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt worden.“

Während ihres Aufenthalts im Teheraner Evin Gefängnis wurde sie auf Anordnung des Staatsanwalts soweit isoliert, dass sie kaum noch die Möglichkeit hatte, zu ihren Kindern Kontakt aufzunehmen. „Wir Frauen im Gefängnis sind Mütter. Wie ihre und Millionen anderer Kinder, sind auch unsere Kinder auf die Liebe der Mutter angewiesen,“ schrieb sie an den Staatsanwalt und warf ihm Missachtung der Rechte der Kinder und Mütter vor.

Im November 2019 protestierte sie mit einem Streik aus dem Gefängnis heraus gegen das brutale Vorgehen gegen Demonstranten, bei dem es zahlreiche Tote und Verletzte gab. Daraufhin wurde sie in ein Gefängnis der Stadt Sandschan gebracht. In einem offenen Brief teilte sie mit, wie sie dabei misshandelt wurde. Sie litt unter mehreren Krankheiten, zuletzt wurden bei ihr Symptome des Corona-Virus festgestellt.

MASSIVER CYBERANGRIFF GEGEN ZWEI STAATLICHE EINRICHTUNGEN

Erst nachdem Medien über Cyber-Angriffe gegen staatliche Einrichtungen berichtet hatten, wurden diese offiziell bestätigt. Abolghassem Sadeghi, stellvertretender Leiter des Amtes für Sicherheit von Informationen im Netz, erklärte im staatlichen Fernsehen, am 12. Oktober hätten Cyber-Angriffe „in großem Ausmaß“ stattgefunden. Die Angriffe hätten zwar keinen Schaden verursacht, „aber wenn ein Angriff stattgefunden hat, kann man nicht sagen, dass nichts passiert ist.“

Gegen welche Einrichtungen die Angriffe erfolgt seien, sagte Sadeghi nicht. Aber wie es aus den Berichten der Medien zu entnehmen ist, muss es sich um Angriffe gegen das zuständige Amt für Häfen und Seefahrt und gegen das Ministerium für Verkehr und Städtebau gehandelt haben. Auch einige User berichteten, dass das Zollamt in der Hafenstadt Bandar Abbas am Persischen Golf wegen „Cyberangriffe gegen infrastrukturelle Einrichtungen“ vorläufig keine Dienste anbieten würden.

Am 13. Oktober bestätigte die Leitung der „Hilfsorganisationen für Vorfälle im Netz“ die Angriffe, betonte jedoch, sie hätten, entgegen umlaufender Gerüchte, keine „massiven Angriffe auf staatliche Einrichtungen“ feststellen können. Zwar hätten einige Einrichtungen aus Sicherheitsgründen ihre Dienste eingestellt. Diese Vorsichtsmaßnahme sei aber unnötig gewesen.

Offenbar sind die Verantwortlichen bemüht, die Angriffe als harmlos darzustellen. Offiziell wurden bislang keine Angaben über Details und über mögliche Angreifer und deren Absichten gemacht.

FRAU OHNE KOPFTUCH AUF DEM FAHRRAD VERHAFTET

Mitte Oktober zirkulierte tagelang ein Video in den sozialen Netzwerken, auf dem eine Frau zu sehen war, die ohne Kopftuch im Zentrum der Stadt Nadschafabad auf dem Fahrrad fuhr und den Passanten zuwinkte. Das bestätigte der Stadtkommandant Motschtaba Rai in einem Interview mit Irna am 20. Oktober. Er sagte, die Frau habe gegen Gesetze verstoßen und den Grundsatz der Keuschheit missachtet und beleidigt. Sie sei verhaftet worden. Die Motive, die die Frau zu dieser Aktion veranlasst hätten, würden untersucht. Dem Gesetz nach werden Frauen, die in der Öffentlichkeit die Kleidungs Vorschriften nicht einhalten, mit zehn Tagen bis zwei Monaten Gefängnis oder einer Geldstrafe bestraft.

Die Kreisstadt Nadschafabad hat 320.000 Einwohner und liegt 30 Kilometer westlich der Stadt Isfahan. Der Mann, der das Video aufgenommen hat, ruft der Frau auf dem Fahrrad zu: „Ist die Freiheit endlich gekommen? Ist der Schah zurück? Das ist toll, was du machst!“ Der Stadtkommandant sagte, es habe in Nadschafabad eine spontane Demonstration gegen die Frau gegeben. Der Freitagsprediger Mostafa Hasnati, der auf dieser Demonstration eine Rede hielt, bezeichnete die Radfahrerin als „Pseudofrau“ und die Videoaufzeichnung und Verbreitung als „geplant.“ „Wir mischen uns in Angelegenheiten der Justiz nicht ein, aber wir denken, dass die Strafe für den, der das Video aufgenommen hat, erheblich sein müsste,“ sagte er. „Die Geschichte dieser Frau ist anders als die Geschichte der Frauen, die Fahrrad fahren. Nicht jede Frau, die Fahrrad fährt, ist unsittlich. Diese Frau muss selbst mit ihrem Gewissen und ihrem Glauben klarkommen. (...) Die

Menschen, die sich hier versammelt haben, sind nicht gegen Fahrradfahren, sie sind gekommen, um ihre Verbitterung über den Vorfall zu beklagen.“ Die rasche Verbreitung des Videos sei „suspekt und widerlich.“ „Die Menschen verlangen eine ebenso rasche Bestrafung,“ sagte der Prediger.

MANGEL AN INSULIN BRINGT DIABETIKER ZUR VERZWEIFLUNG

Das persischsprachige Programm der BBC zitierte einen 22-jährigen Diabetiker, der seine Lage wie folgt beschreibt: „Wenn es so weitergeht, muss ich mich entscheiden, ob ich essen soll und dabei blind werde oder ein Glied meines Körpers verliere, oder nicht essen soll, damit der Zuckergehalt meines Blutes nicht weiter zunimmt.“

Zahlreiche Menschen befinden sich derzeit in Iran in derselben Lage, wie der 22-jährige Diabetiker. Denn Insulin ist auf dem freien Markt kaum zu haben. In den sozialen Netzwerken beschreiben wütende Kranke, wie sie auf der Suche nach Insulin vergeblich von Apotheke zu Apotheke rennen.

Der stellvertretende Leiter des Obersten Rats für die medizinische Versorgung, Farsad Forghan, bestätigte den Mangel an Insulin. Das sei für die Betroffenen gefährlich. Der Mangel an Insulin werde die Krankheit verschlimmern und Nebenwirkungen haben, sagte er.

Anders als auf dem freien Markt, ist Insulin auf dem Schwarzmarkt zu bekommen. Allerdings zum achtfachen Preis. Den offiziellen Statistiken zufolge gibt es gegenwärtig in Iran rund 300.000 Diabetiker.

Die Kritik gegen diesen Zustand wird immer lauter. Eine Stellungnahme aus der Regierung machte die Menschen wütender. Der Sprecher des Gesundheitsministeriums, Kianusch Dschahanpur, reagierte auf einen Twitter-User, der verzweifelt für seinen Vater Insulin suchte, mit den Worten, „nehmen Sie eine kleinere Dosis.“

Nicht nur Insulin, auch zahlreiche Medikamente sind auf dem freien Markt schwer zu finden, obwohl die Regierung immer wieder betont, dass das Land in diesem Bereich keine Probleme habe und in der Lage sei, 97 Prozent des Bedarfs an Medikamenten zu decken. Der Abgeordnete und Mitglied des Gesundheitsausschusses Dschalil Mir Mohammadi sagte, da Insulin, das aus dem Ausland importiert werde, preiswerter sei, werde es nach der Einfuhr von Schmugglern gekauft, in die Nachbarländer geschmuggelt und dort zu weit höheren Preisen verkauft.

Mitte Oktober berichteten die Medien im Irak, dort seien 19 Lastwagen mit verschiedenen Medikamenten entdeckt worden, die aus Iran kamen. Es handele sich um den bisher größten Schmuggel von Medikamenten von Iran nach Irak, hieß es. Die Lastwagen seien an der Grenze beschlagnahmt worden. Die Informationsabteilung der irakischen Streitkräfte schätzte den Wert der geschmuggelten Medikamente auf mehrere hunderttausend Dollar. Diese Nachrichten wurden vom Teheraner Gesundheitsministerium dementiert. Es habe sich nicht um geschmuggelte Medikamente gehandelt, sondern um einen legalen und genehmigten Export, sagte Dschahanpur.

Doch andere Verantwortliche bestätigten den Medikamentenschmuggel. Mahmud Nadschafi Arab, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Handelskammer, sagte, es sei anderthalbmal mehr als der normale Bedarf Insulin importiert worden. Probleme gebe es nicht allein bei Insulin. „Die Schmuggelwirtschaft ist die Ursache für den Preisanstieg bzw. den Mangel aller teuren Medikamente.“

Bereits vor einem Monat hatten 120 Ärzte in einem offenen Brief an Präsident Hassan Rohani vor den Folgen des Insulinmangels gewarnt. „Wenn Diabetiker nicht rechtzeitig

Insulin bekommen, kann das für die Betroffenen verheerende Folgen haben, wie Amputationen, Herzinfarkt, Schlaganfall oder Nierenschaden.“ Drei Tage später berichtete die Agentur Mehr, dass Mahmud Waesi, Kanzleichef des Präsidenten, den Gesundheitsminister angewiesen habe, sich dringend um die Angelegenheit zu kümmern. Doch offenbar hat die Anweisung nichts genutzt.

HOSSEINI, NEUER MINISTER FÜR INDUSTRIE, BERGBAU UND HANDEL

Das Parlament hat am 29. September dem Vorschlag von Präsident Rohani zugestimmt und Ali Resa Hosseini als neuen Minister für Industrie, Bergbau und Handel bestätigt. 175 der 264 Abgeordneten votierten für ihn, 80 gegen ihn, neun enthielten sich. Der 59-jährige Hosseini war zuletzt Gouverneur der Provinz Chorasán im Nordosten des Landes. Er war der zweite Mann, den Rohani nach dem Rücktritt von Resa Rahmani für diesen Posten vorgeschlagen hatte. Zuvor war sein erster Vorschlag, Hossein Modarres Chiabai, vom Parlament abgelehnt worden.

Hosseini hat Volkswirtschaft und Handel studiert. Während des Iran-Irak-Kriegs (1980-1988) war er Stellvertreter des damaligen Kommandanten der Division von Kerman, Ghassem Soleimani. Er hielt sich nach dem Krieg längere Zeit geschäftlich im Ausland auf. Nach der Regierungsübernahme durch Rohani wurde er zum Gouverneur von Chorasán ernannt. Bei seiner Vorstellung im Parlament war Rohani nicht anwesend, was mit Ansteckungsgefahr begründet wurde.

ADELKHAH VORÜBERGEHEND AUS DEM GEFÄNGNIS ENTLASSEN

Die iranisch-französische Wissenschaftlerin, Fariba Adelkhah, wurde vorübergehend aus der Haft entlassen. Ihr Anwalt, Said Dehghan, teilte der französischen Nachrichtenagentur AFP am 4. Oktober mit, sie habe aus medizinischen Gründen mit elektronischen Fußfesseln das Gefängnis vorübergehend verlassen und befinde sich derzeit bei ihrer Familie in Teheran. „Wir haben keinen Termin für ihre Rückkehr ins Gefängnis bekommen und hoffen, dass die vorübergehende Entlassung zu ihrer endgültigen Freilassung führt,“ sagte der Anwalt.

Adelkhah ist an dem höchst angesehenen Institut für politische Wissenschaften, Sciences Po, tätig. Die 61-jährige Soziologin hatte in Straßburg studiert und in Paris promoviert. Sie forscht über Iran und Islam, insbesondere über den Schiismus. Sie wurde bei einem Besuch ihrer Verwandten in Teheran im Juni 2019 festgenommen und wegen „Aktivitäten gegen nationale Sicherheit“ und „Propaganda gegen die Islamische Republik“ zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die französische Regierung bestreitet die Schuld und hat mehrmals gegen das Urteil protestiert und die sofortige Freilassung Adelkhahs gefordert. Der Lebensgefährte und Kollege von Adelkhah, Roland Marchal, der ebenfalls in iranischer Haft war, wurde im März 2020 im Austausch gegen den in Frankreich gefangenen Dschalal Ruhollahnedschad freigelassen.

KANN EINE FRAU IN IRAN PRÄSIDENTIN WERDEN?

Wie jedes Mal bei Präsidentschaftswahlen taucht auch mit Blick auf die bevorstehende Wahl eines neuen Präsidenten im Juni nächsten Jahres die Frage auf, ob eine Frau in der Islamischen Republik Präsidentin werden darf.

„Die Kandidatur von Frauen ist erlaubt,“ sagte Abbas-Ali Kadchodai, Sprecher des Wächterrats, laut dpa vom 11. Oktober der Zeitung Schargh. Doch „einige Punkte“ müssten noch vom Parlament geklärt werden. Der Wächterrat ist laut Verfassung für die Zulassung von Bewerbern und Bewerberinnen zuständig. Das gilt auch für die Wahl des

Parlaments und des Expertenrats. Bislang wurden alle Frauen, die sich um das Amt des Präsidenten beworben haben, vom Wächterrat als „nicht geeignet“ abgelehnt, nicht aber mit dem ausdrücklichen Hinweis auf ihre Geschlechterzugehörigkeit, sondern als Person.

Die Verfassung der Islamischen Republik lässt die Frage, ob eine Frau das Amt des Präsidenten übernehmen darf, offen. Es heißt dort, nur Personen, die zu den politischen und religiösen „Redschal“ des Landes gehören, dürften sich um das Amt des Präsidenten bewerben. Der Begriff „Redschal“ bedeutet einerseits „Männer“, andererseits aber „Würdenträger.“ Darüber, welche Bedeutung des Begriffs gemeint ist, wird seit Jahrzehnten in Iran gestritten. Während die Konservativen, vor allem die Kleriker, der Ansicht sind, die Verfassung erlaube nur Männern, an der Wahl teilzunehmen, meinen die Reformer, auch weibliche Würdenträger dürften sich um das Amt bewerben. Ob bis zur nächsten Präsidentschaftswahl eine endgültige Entscheidung über diese wichtige Frage vorliegen wird, ist mehr als fraglich.

KULTUR

Der große, populäre Sänger Schadscharian ist tot / Alternativer Nobelpreis für Nassrin Sotoudeh / Erschütternde Dokumentation über Lage der Frauen in iranischen Gefängnissen / Protest des iranischen Schriftstellerverbands gegen Festnahme von drei Mitgliedern

DER GROßE, POPULÄRE SÄNGER SCHADSCHARIAN IST TOT

Er war weit mehr als ein Sänger, als ein Star, er war die Seele eines ganzen Volkes. Die Nachricht von seinem Tod am 8. Oktober war für die Menschen in Iran ein Schock, man wollte es nicht wahrhaben, dass Mohammad Resa Schadscharian, dieser populäre Sänger und Komponist, der wie kein anderer Jahrzehnte lang die klassische iranische Musik am Leben hielt und weiterentwickelte, für immer die Bühne verlassen hat. Er hat nicht nur mit seiner Musik und seiner außergewöhnlichen Stimme den Liedern der großen iranischen Poeten wie Hafis und Molana neues Leben eingehaucht, er war ein Mann des Volkes, einer, der an den Qualen und Sorgen der Menschen teilnahm. Er hat sich trotz Repressalien nie vor der Diktatur gebeugt, auch dann nicht, als er in den letzten Jahren seines Lebens Auftrittsverbot bekam und aus den staatlichen Medien ausgeschlossen wurde. Schadscharian starb mit 80 Jahren infolge einer Krebskrankheit.

Er war kein politischer Widerstandskämpfer, aber er hat durch seine Lieder, durch seine Kunst, weit mehr gewirkt, als jeder politische Aktivist. Mit seinem Lied, das er gegen die brutale Niederschlagung der Proteste von 2009 sang, in dem er die Schergen des Regimes aufforderte, ihre Waffen niederzulegen, erreichte er die ganze Nation. Niemandem gelang es so wie ihm, mit nur wenigen Zeilen die hässliche Fratze der klerikalen Diktatur zu entlarven. Kein Wunder, dass in den sozialen Netzwerken gefordert wurde, seinen Tod zum nationalen Trauertag zu erklären.

Kurz nach der Bekanntgabe seines Todes machten sich Tausende Menschen auf den Weg zum Krankenhaus, um an seiner Beisetzung teilzunehmen und sich von ihm zu verabschieden. Doch Polizei und Sicherheitskräfte riegelten alle Wege ab. Schadscharian wurde zunächst, begleitet von seiner Familie und nur wenigen Freunden, zum Friedhof Beheschte Sagra gebracht und nach einer kurzen Zeremonie nach Maschhad, der Stadt seiner Geburt. Er hatte sich gewünscht, neben dem großen Epiker Ferdowsi in Tus, in der Nähe von Maschhad, begraben zu werden.

Wieder begaben sich Zehntausende aus dem ganzen Land nach Maschhad, und wieder waren alle Wege, die nach Tus, wo die Beisetzung stattfinden sollte, gesperrt worden. So

fanden hier die Zeremonie und Beisetzung in engem Kreis statt. Der bekannte Musiker Hossein Alisadeh, ein Weggefährte von Schadscharian, sagte: „Selbst ein toter Schadscharian macht dem Regime Angst.“

ALTERNATIVER NOBELPREIS FÜR NASSRIN SOTOUDEH

Die iranische Frauen- und Menschenrechtlerin Nassrin Sotoudeh hat, neben Ales Bjaljazki aus Belarus, Lottie Cunningham Wren aus Nicaragua und Bryan Stevenson aus den USA, den diesjährigen alternativen Nobelpreis erhalten. Das teilte die in Stockholm ansässige Right-Livelihood-Stiftung am 1. Oktober mit. Sie begründete die Auszeichnung von Sotoudeh mit ihrem „furchtlosen Engagement – unter hohem persönlichem Risiko – zur Förderung politischer Freiheiten und der Menschenrecht in Iran“.

Der alternative Nobelpreis wird jährlich an Menschen vergeben, die sich besonders engagiert für Menschenrechte, Pressefreiheit, bürgerliche Freiheiten und Umweltschutz einsetzen. Er ist mit jeweils einer Million schwedischer Kronen dotiert. Der Direktor der Stiftung, Ole Uexküll, sagte, man wolle mit dem diesjährigen Preis „ein Schlaglicht auf die weltweite Bedrohung der Demokratie werfen.“ Die Preisträger und Preisträgerinnen hätten ihren Anteil an dem weltweiten Kampf für Gleichheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit. Zu Sotoudeh sagte er, sie habe sich besonders für die Rechte der Frauen und Kinder eingesetzt, mit der Folge, dass sie selbst verfolgt und inhaftiert wurde.

Während Sotoudeh wegen ihres Engagements im Ausland ausgezeichnet, verehrt und für ihren Mut bewundert wird, verstärkt das Regime in Iran die Repressalien gegen sie. Wenige Tage nach der Bekanntgabe der Auszeichnung wurde sie vom Eviner Gefängnis in die Frauenanstalt Gharchak, südlich der Hauptstadt Teheran, verlegt. In der Erklärung der Leitung iranischer Gefängnisse wird die Verlegung damit begründet, dass Sotoudeh nicht mehr als politische, sondern als eine normale Gefangene eingestuft werde und daher den Rest ihrer 12-jährigen Haftstrafe in einem normalen Gefängnis verbringen müsse. „Sotoudeh ist nicht legitimiert, um als politische Gefangene eingestuft zu werden,“ heißt es in der Erklärung.

Resa Khandan, der Mann von Sotoudeh, schrieb auf Facebook, man habe sie aus der Zelle gerufen. Sie solle sich fertigmachen, um ins Krankenhaus gebracht zu werden. Stattdessen sei sie nach Gharchak gebracht worden. Er mache sich große Sorgen um die Gesundheit seiner Frau. Sie sei in einem schlechten gesundheitlichen Zustand und in dem Gefängnis von Gharchak seien die hygienischen Verhältnisse und die medizinische Versorgung noch schlimmer als in Eviner Gefängnis.

Tatsächlich gehört Gharchak zu den schlechtesten Gefängnissen der Provinz Teheran. Dort sind hunderte von Frauen in einem großen Saal untergebracht. Es gibt zahlreiche Berichte und Klageschriften der Gefangenen über die menschenunwürdigen Verhältnisse, die in diesem Gefängnis herrschen. Gegen die Verlegung Sotoudehs gab es weltweite Proteste. International wird ihre sofortige Freilassung gefordert.

ERSCHÜTTERNDE DOKUMENTATION ÜBER LAGE DER FRAUEN IN IRANISCHEN GEFÄNGNISSEN

„Er verlas die Anklageschrift. (...) Es ging, glaube ich, um 18 bis 20 Vorwürfe. Er drohte immer wieder mit der Todesstrafe ... Ich hatte das Gefühl, sie wollten mich mit den Zähnen zerreißen. Ich wusste, dass niemand meine Schreie hören, dass niemand mir helfen würde. Sie sagten, sie hätten auch meine Schwestern festgenommen. Meine einzige Chance, einer Hinrichtung zu entkommen, wäre die Bereitschaft, mit ihnen zusammenzuarbeiten,“ berichtet die Menschenrechtsaktivistin Atna Daemi über ihre Erlebnisse beim Verhör, in der soeben von dem in Schweden ansässigen Verlag „Naschr-

e Braran“, unter dem Titel: „Weiße Folter“ erschienen Dokumentation. Herausgeberin ist Nargess Mohammadi (s. Seite 7), das Vorwort schrieb die iranische Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi.

Die Dokumentation enthält 13 Berichte von Frauen, die ihre Erlebnisse als politische Gefangene schildern. Einige von ihnen befinden sich immer noch in Haft. Sie sind Berichte aus erster Hand, da Mohammadi sie in der Gefangenschaft niedergeschrieben hat. Die Frauen berichten von langjährigen Isolierungen in Einzelzellen, sexuellen Misshandlungen, Todesdrohungen, Folterungen und dergleichen mehr.

Die Journalistin Hengameh Schahidi berichtet über einen Geheimdienstler, der von seinen Kollegen mit „Herr Doktor“ angeredet wurde. „Er tat so, als sei er in mich verliebt, holte mich unbegründet immer wieder zum Verhör. Dann verhörte er im Nebenraum meine Mitgefangene, legte einige 5000-Tuman-Scheine auf ihre Brust und sagte, wie preiswert sind deine Brüste,“ erzählt sie. „Wenn ich ihn heiraten würde, würde er meine Akte für immer vernichten, sagte er zu mir. Einmal kam er aus der Nebenzelle zu mir, zeigte mir einen Zettel, auf dem ‚ich liebe dich‘ stand. Dann legte er seine Hand auf meinen Kopf. Ich protestierte und sagte, es sei eine Sünde eine fremde Frau zu berühren. Nein, sagte er, du trägst einen Schleier, ich berühre nur den Schleier.“

„Von Anfang an wollten sie mich zu Geständnissen zwingen,“ berichtet Schahidi. Ich sollte zugeben, dass ich mit dem britischen Geheimdienst MI6 zusammenarbeite, sollte gestehen, dass ich zu (Ex-Präsident) Chatami und (dem früheren Parlamentspräsidenten) Mehdi Karrubi sündhafte Beziehung hatte. Gegen drei Uhr morgens holten sie mich aus der Zelle heraus. Da sie mir öfter mit Hinrichtung gedroht hatten, dachte ich, jetzt ist es soweit. Ich wurde in einen Raum gebracht, in dem ein Strang von der Decke herabhing. Sie sagten, entweder gestehst du, dass du mit M16 zusammengearbeitet und mit Karrubi und Chatami eine Beziehung hattest, oder du wirst erhängt. Ich bekam eine wahnsinnige Angst und fiel in Ohnmacht.“

Eine Gefangene aus Turkmenistan, Nigara Afscharsadeh, die wegen angeblicher Spionagetätigkeit zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde, erzählte: „Nicht nur einmal, sondern immer wieder, wurde ich gezwungen, über meine sexuellen Beziehungen genau zu berichten. Das war sehr erniedrigend und beleidigend. Ich sollte zugeben, dass ich zu den Frauen gehöre, die versuchen, iranische Geheimdienstler zu sexuellen Beziehungen zu verführen, um von ihnen Informationen zu bekommen.“ Sie sei gezwungen worden, zu beschreiben und demonstrieren, wie sie sich beim Beischlaf verhält.

Mahwasch Schahriari, Mitglied der Bahai-Gemeinde, die in einem Gefängnis in Wakilabad, in der Nähe der Stadt Maschad, untergebracht war, erzählt: „Der Trakt, in dem ich die Einzelhaft verbrachte, wurde als „Hundehütte“ bezeichnet. Ich wurde in eine sehr kleine Zelle mit niedriger Decke gesteckt, die Luft war schwer, stickig und übelriechend, es gab kein natürliches Licht. Ein Plumpsklo, rundherum vertrocknete Fäkalien, tote und lebendige Kakerlaken.“ Schahriari erzählt, sie sei gewarnt worden, sie werde möglicherweise auf dem Weg nach Maschad einen Unfall haben. Sollte ihr Mann sie besuchen wollen, werde man ihn sofort verhaften und hinrichten. Ihr selbst habe man gedroht: „Du wirst dieses Gefängnis nicht lebendig verlassen.“

Ähnlich beschreibt Nargess Mohammadi selbst ihre Zelle: „Ein dunkler Raum, Gestank und Dreck ... Keine Seife, kein Handtuch oder Taschentuch, nichts ... Es gab drei Wolldecken, vollgekotzt und übelriechend.“ Sie sei in diesem Gefängnis einem Mädchen begegnet: „Ich hörte ihre jugendliche Stimme, ging zu ihr, fragte sie, wie alt sie sei. Zwölf, sagte sie. Warum bist du hier im Gefängnis, fragte ich. Ich hatte eine Beziehung zu einem Jungen aus der Nachbarschaft, mein Vater zeigte mich bei der Polizei an. Dann wurde ich verhaftet.“

Als Mohammadi schwer krank ins Krankenhaus gebracht wurde, sei sie misshandelt worden, erzählt sie. Der Arzt wollte sogar, dass ihre Beine und Hände an das Bett angekettet werden. „Du sollst sterben, aber außerhalb des Gefängnisses,“ habe der Arzt ihr gesagt.

Die Journalistin Reyhaneh Tabatabai, erzählt von der Zeit ihrer Haft bei den Revolutionsgarden. „Jeden Tag wurde ich verhört, vom späten Vormittag, bis zum Abend. (...) Manchmal dauerten die Verhöre bis 11 oder 12 Uhr abends, einmal sogar bis drei Uhr Mitternacht.“

Einige Frauen berichten von Drohungen, mit denen die Gefangenen zur Mitarbeit mit den Geheimdiensten gezwungen werden sollten. Sahra Sehtabtschi, die wegen angeblicher Zusammenarbeit mit den oppositionellen Volksmodschahedin zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden war, berichtet: „Der Beamte sagte beim Verhör, deine Akte wiegt schwer, selbst der Pflichtverteidiger sei nicht bereit gewesen, den Fall zu übernehmen. Vermutlich wirst du zum Tode verurteilt.“ Zudem habe der Beamte ihre Tochter angerufen und gesagt, weiß du, dass deine Mutter bald hingerichtet wird? Dann sei ein anderer Beamte gekommen. Er sagte: „Ich habe dein Todesurteil schon seit Tagen in der Tasche.“ Sie berichtet von der in der iranischen Justiz häufig verwendeten Sippenhaft. „Mein Mann, meine Tochter und meine Schwester wurden vorübergehend in Haft genommen,“ sagt sie. Dabei sei ihr Mann geschlagen worden, obwohl man ihm keinerlei politische Aktivitäten habe nachweisen können.

Nasila Nuri erzählt: „Unsere Kleider waren vom Blut durchtränkt. Von dem gebrochenen Schädel floss Blut über das Gesicht herab. So wurden wir in die Zelle zurückgeschickt. Ich hatte viele Schläge bekommen, auch meine Hände waren schwer verletzt, ich hatte wahnsinnige Schmerzen.“

In den Dokumentationen wird über die psychischen Folgen der Folter und des Gefängnisaufenthalts berichtet. „Marsieh B. lag die ganze Zeit unter einer Decke, redete mit sich selbst und fiel immer wieder in ein hysterisches Lachen.“ „Eine Gefangene warf jeder von uns vor, ihren Mann umgebracht zu haben und rief ständig den Namen ihres Mannes.“ „Eine Gefangene war psychisch so krank, dass sie an der Tür angekettet wurde. Es war ein schrecklicher Anblick.“

PROTEST DES IRANISCHEN SCHRIFTSTELLERVERBANDS GEGEN FESTNAHME VON DREI MITGLIEDERN

Der iranische Schriftstellerverband forderte am 27. September die Freilassung von drei Mitgliedern, die am Vortag in Haft genommen wurden. Es handelt sich um die Mitglieder Bektasch Abtun, Resa Chandan Mahabadi und Kaywan Bajan. Die drei waren bereits zuvor zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, Abtin und Mahabadi zu jeweils sechs Jahren und Bajan zu dreieinhalb Jahren Gefängnis. Ihnen wurde „Propaganda gegen die Islamische Republik und Bildung von Gruppen gegen die Sicherheit des Landes“ vorgeworfen. Sie wurden von dem Teheraner Evin-Gefängnis aufgefordert, ihre Strafe anzutreten.

„Zu einer Zeit, in der täglich hunderte Menschen dem Corona-Virus zum Opfer fallen und der Mangel an Medikamenten und die schlechte medizinische Versorgung in den Gefängnissen für die Insassen schlimme Folgen haben könnten, kann die Inhaftierung von drei Schriftstellern doch nichts anderes bedeuten, als wollten die Justiz und die Sicherheitsorgane Kritiker und Oppositionellen in den Tod schicken,“ erklärte der Verband. Er beklagte, dass in den vergangenen Jahren immer wieder seine Mitglieder mit Gefängnis bestraft worden seien. Die Unterzeichner erinnerten auch an die „Kettenmorde“ in den 90er Jahren gegen Schriftsteller und Andersdenkende. „Dafür sind die Staatsführung, die Justiz und das Informationsministerium (Geheimdienst) verantwortlich,“ schreiben die

Autoren. „Wir protestieren nicht allein gegen die Inhaftierung der drei Schriftsteller, auch nicht allein gegen Repressionen gegen den Verband insgesamt. (...) Wir protestieren gegen alle Unterdrückungsmaßnahmen, die sich gegen Schriftsteller und gegen alle richten, die von ihrem Recht Gebrauch machen, ihre Meinung frei zu äußern.“

WIRTSCHAFT

Neue US-Sanktionen, auch gegen den Ölminister / Neue, unterirdische Atoanlage geplant / Korruption als Ursache für Devisenmangel / Iranische Gelder immer noch auf Südkoreas Banken festgesetzt

NEUE US-SANKTIONEN, AUCH GEGEN DEN ÖLMINISTER

Die Regierung der USA hat am 8. Oktober neue, umfangreiche Sanktionen gegen iranische Banken verhängt. Laut Angaben des US-Finanzministeriums wurden 18 iranische Großbanken auf die Sanktionsliste gesetzt, was die Verbindung iranischer Banken zum internationalen Finanzsystem erheblich beeinträchtigen könnte.

Ziel der Aktion sei nach Darstellung des Finanzministers Steven Mnuchin, einen „unrechtmäßigen Zugang Irans zu US-Dollar“ zu verhindern. Während die Europäer sich wegen der zusätzlichen Lasten für die iranische Bevölkerung in Zeiten der Corona-Krise besorgt zeigten, erklärte US-Präsident Donald Trump, man werde gewisse Ausnahmen für den Handel mit lebenswichtigen Gütern zulassen. Was konkret den Banken vorgeworfen wird, sagte Trump nicht. Er sagte nur, Iran könnte möglicherweise durch die Banken sein Atomprogramm weiterentwickeln und den internationalen Terrorismus finanziell unterstützen.

Die Sanktionen sollen nach Angaben Mnuchins solange bestehen bleiben, bis Iran sein Atomprogramm beendet und die Unterstützung terroristischer Organisationen gänzlich eingestellt hat. Er betonte, dass der Handel mit humanitären Gütern, wie Nahrungsmitteln und Medikamenten, von den Sanktionen ausgenommen sei. Die Sanktionen sollen erst in 45 Tagen in Kraft treten, das heißt nach den Präsidentschaftswahlen in den USA. Während dieser Zeit sollen Unternehmen ihre Geschäfte mit Iran einstellen.

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif warf der amerikanischen Regierung vor, gerade in der Corona-Krise, die „letzten Kanäle zum Kauf von Medikamenten und Nahrungsmitteln zerstören“ zu wollen. „Die Iraner werden auch dieses Unrecht hinter sich bringen. Aber ein Volk zum Hungern zu verdammen, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit,“ twitterte Sarif. Demgegenüber sagte US-Außenminister Mike Pompeo, die Sanktionen zielten nicht auf das iranische Volk, sondern auf die „korrupte Elite des Regimes.“

Am 26. Oktober legte Washington noch einmal nach, dieses Mal richteten sich die Sanktionen gegen die Ölindustrie, sowohl gegen Personen als auch gegen Institutionen. Auf der Liste stehen Ölminister Bijan Sangeneh, seine Stellvertreter und Geschäftsführer der Öl- und petrochemischen Industrie. Zu den sanktionierten Institutionen gehören das Ölministerium, die National Iranische Ölgesellschaft (NIOC), das Tankerunternehmen NITC, die Schifffahrtsgesellschaft Atlantic und die Schifffahrtsgesellschaft Atlas mit Sitz in den Emiraten, die Raffinerie Imam Chomeini in Schahsands, die petrochemische Gesellschaft Mobin und andere wichtige Unternehmen. Das US-Finanzministerium nennt als Grund für die Bestrafung die Zusammenarbeit dieser Unternehmen und Institutionen mit den Revolutionsgarden, die auf der Terrorliste der Vereinigten Staaten stehen. Zudem wurden vier Personen auf die Sanktionsliste gesetzt, die an dem Verkauf von iranischem Öl an die „illegitime“ Regierung von Venezuela beteiligt gewesen sein sollen.

Ölminister Sangeneh reagierte auf die Ankündigung auf Twitter mit den Worten: „Ich werde bestraft, weil Washington mit seiner Politik, den iranischen Öllexport auf null zu reduzieren, voll gescheitert ist. (...) Die iranische Ölindustrie wird ihre Aktivitäten niemals aufgeben. Und ich besitze nichts im Ausland, was sanktioniert werden könnte.“

Außenminister Sarif warf den USA vor, „sanktionssüchtig“ zu sein. „Mehr Wirtschaftskrieg“ werde den Einfluss der USA in der Welt nicht erhöhen. Im Gegenteil er werde dem Ansehen des Landes noch mehr als bisher schaden, sagte er.

Der Nationale Sicherheitsberater der USA, Robert O'Brien, sagte indes der Presse am 25. Oktober, die USA hätten bei den Sanktionen gegen Iran kaum noch eine Wahl. Auf die Frage, wie Washington auf die Einmischung Russlands und Irans im amerikanischen Wahlkampf reagieren werde, sagte er: „Unser Problem mit Iran ist, dass es kaum noch etwas gibt, was wir gegen das Land unternehmen könnten.“ Dennoch werde Washington weiterhin Druck auf Iran, aber auch auf Russland und China ausüben.

In einem Interview mit dem Sender CBS sagte O'Brien, Iran wolle Präsident Trump schaden.

NEUE, UNTERIRDISCHE ATOMANLAGE GEPLANT

Nach der Explosion in der Atomanlage in Natans im Juli dieses Jahres, die offiziell auf Sabotage zurückführt wird, hat sich das Land entschlossen, eine neue, unterirdische Anlage zu bauen. Einem Bericht der dpa vom 27. Oktober zufolge haben Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) bekannt gegeben, dass Iran mit dem Bau einer Fabrik für Zentrifugen begonnen habe. IAEA-Generaldirektor Rafael Mariano Crossi sagte der Nachrichtenagentur AP, Iran habe die Urananreicherung in den vergangenen Monaten erheblich erhöht, aber die nun vorhandene Menge an schwach angereichertem Uran sei längst nicht ausreichend, um Atomwaffen herzustellen.

Wie dpa weiter berichtet, besaß Iran, laut dem Quartalbericht der IAEA, am 25. August 2.105,4 Kilogramm schwach angereichertes Uran. Das ist weit mehr als die 202,8 Kilogramm, die als Höchstmenge im Atomabkommen vorgesehen ist. Doch laut Crossi reiche die Menge nicht für den Bau einer Atombombe aus.

KORRUPTION ALS URSACHE FÜR DEVISENMANGEL

Abdolresa Hemmatti, Chef der iranischen Zentralbank, beklagte sich auf einer Sitzung der Handelskammer über Exporteure, die Devisen, die sie durch Verkauf ihrer Waren im Ausland erhalten, nicht nach Iran bringen. Dadurch sei ein großer Mangel an Devisen entstanden. Einige Personen seien in diesem Zusammenhang bereits festgenommen worden. „Sie sollten aber wissen, dass es sich bei den Leuten (den angeblichen Exporteuren), die festgenommen wurden, um Obdachlose handelt, also um arme, schwache Menschen, die am Rande der Städte oder in den Provinzen ihr Dasein fristen.“ Betrüger hätten diesen ahnungslosen Menschen ein Handgeld gegeben, dafür ihre Ausweise bekommen und in deren Namen Waren exportiert, aber die damit erzielten Devisen nicht ins Land zurückgebracht.

Diese Vorgehensweise ist dadurch möglich, dass jeder, der über bestimmte Voraussetzungen verfügt, eine sogenannte „Handelskarte“ beantragen und erhalten kann. Besitzer einer solchen Karte sind berechtigt, Waren ein- und auszuführen. Das tun Betrüger im Namen von ahnungslosen Menschen. Wenn sie die Waren eingeführt haben, zahlen sie keine Steuern und Zollgebühren, ebenso, wenn sie die Waren exportieren. Die Behörden, die dem nachgehen, stoßen daher auf mittellose Menschen, die von dem

ganzen Vorgang keine Ahnung haben. So erworbene „Handelskarten“ können selbstverständlich nur einmal benutzt werden. Daher spricht man von „einmal nutzbare Handelskarten.“

Die Masche flog bei der Verfolgung eines Falls vor fünf Jahren auf. Damals waren 700 Personenwagen der Marke Porsche ohne Abgabe von Steuern und Zollgebühren eingeführt worden. Die Behörden stießen bei ihren Nachverfolgungen auf eine alte, ahnungslose Frau, die in einem entlegenen Dorf lebte!

Bleibt die Frage, wie es möglich ist, dass man mit den Unterlagen, die man von den ahnungslosen Menschen bekommt, die vielen bürokratischen Hürden, über die sich ehrliche Exporteure und Importeure beklagen, überwinden kann. Die Antwort: es ist nur möglich, wenn die Verantwortlichen bei den Behörden mit den Betrügern kooperieren.

IRANISCHE GELDER IMMER NOCH AUF SÜDKOREAS BANKEN FESTGESETZT

Wie die iranische Handelskammer am 27. Oktober mitteilte, seien iranische Guthaben, die auf Südkoreas Banken festgesetzt sind, immer noch nicht freigegeben worden. Man befinde sich in der „Phase der Planung.“ Es handelt sich um eine Summe von rund achteinhalb Milliarden Dollar, die Iran aus dem Verkauf von Öl an Südkorea erzielt hat. Hassan Tanhai, Vorsitzender der Handelskammer, sagte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur „Kar“: „Wir befinden uns noch in der Phase der Planung zur Freigabe der in Südkorea blockierten Gelder.“ Es gebe noch keine konkreten Ergebnisse. „Ohne Zweifel hängen diese Planungen von dem Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten ab. Sowohl wir als auch unsere südkoreanischen Verhandlungspartner warten auf den Wahlausgang,“ sagte Tanhai.

Nach Angaben der Handelskammer haben beide Seiten vorgeschlagen, die Rückzahlung in Form von Waren wie Nahrungsmitteln, Medikamenten, petrochemischen Produkten, Haushaltsgeräten und Fahrzeugen zu leisten.

Die gesperrten Gelder befinden sich auf zwei Banken. Sie können aufgrund von amerikanischen Sanktionen nicht als Devisen überwiesen werden. Die iranische Zentralbank, sowie einige iranische Politiker, haben in den vergangenen Monaten Seoul gedroht, bei internationalen Instanzen eine Klage gegen Korea einzureichen und damit die Freigabe der Gelder zu erzwingen. Irans Staatskasse ist so gut wie leer. Daher ist die Freigabe der Gelder, die nicht nur in Südkorea, sondern auch in anderen Ländern gesperrt sind, für das Land existenziell wichtig. Südkorea gehörte zu den wichtigsten Importeuren des iranischen Öls. Doch als die US-Sanktionen in Kraft traten, hat das Land den Ölimport aus Iran gänzlich eingestellt.

AUSSENPOLITIK

Iran und die US-Präsidentschaftswahl / Kosten für die Präsenz Irans in der Region / Rohani gratulierte dem iranischen Volk zur Aufhebung des Waffenembargos / UN-Generalsekretär zeigt sich über Lage der Menschenrechte in Iran „ernsthaft besorgt“ / Einigung zwischen Iran und Ukraine vertagt / Neuer Botschafter Irans in Sanaa eingetroffen / Abdullah Abdullah in Teheran / Zehn Mitglieder einer Terrorzelle in Saudi-Arabien festgenommen / Irans Botschafterin in Dänemark einbestellt / US-Gericht verurteilt Iran zu einer Entschädigungszahlung in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar / Geschäftsführer der französischen Botschaft ins Außenministerium einbestellt / Iran verurteilt Annäherung zwischen Israel und Sudan / Irans Rolle im Krieg um Berg-Karabach

IRAN UND DIE US-PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

Laut Angaben der US-Regierung versucht Iran seit geraumer Zeit auf den US-amerikanischen Wahlkampf Einfluss zu nehmen, die Wähler zu verunsichern und in der Bevölkerung der USA Zwietracht zu säen. 92 iranische Webseiten wurden am 8. Oktober auf Anordnung des US-Justizministeriums gesperrt, darunter auch vier englischsprachige Nachrichtenwebseiten. Laut dem Ministerium erfolgte die Identifizierung der Webseiten zunächst durch Daten von Google und danach mit Unterstützung von Facebook und Twitter.

Vier der 92 Webseiten, usjournal.net, newsstand, twtoday.net und usjournal.us, seien durch die iranischen Revolutionsgarden oder in deren Auftrag betrieben worden, um auf die Innen- und Außenpolitik der USA Einfluss zu nehmen. Die restlichen 88 Webseiten hätten, als Nachrichten-Seiten Propagandazwecken in West-Europa, dem Nahen Osten und Südost-Asien gedient. Beim Aufruf dieser Seiten erscheint nun der Hinweis: „Diese Web-Domains sind von der US-Bundespolizei FBI gesperrt.“

Der stellvertretende US-Justizminister John Demers sagte: „Wir werden alle Mittel einsetzen, um einen Missbrauch der amerikanischen Sozialnetzwerke durch die iranische Regierung zum Zweck der Propaganda und Einflussnahme auf die amerikanische Bevölkerung zu verhindern.“ Diktatorisch regierte Staaten seien bestrebt, mit Hilfe von gefälschten Nachrichtenportale die amerikanische Demokratie zu schwächen.

Am 22. Oktober warf US-Geheimdienstkoordinator John Ratcliff Iran auf einer Pressekonferenz vor, hinter E-Mails zu stecken, die an Wähler in den USA gerichtet waren. Sowohl Iran als auch Russland hätten sich auf Registrierungsdaten Zugang verschafft. „Diese Handlungen sind verzweifelte Versuche von verzweifelten Gegnern,“ sagte Ratcliff. Besonders Iran habe versucht, die Wähler einzuschüchtern, soziale Unruhen zu stiften und das Ansehen von Präsident Trump zu beschädigen. Weiter sagte Ratcliff, ausländische Akteure versuchten, unter den Wählern, die sich registriert hätten, falsche Informationen zu verbreiten, mit dem Ziel, Verwirrung zu stiften und Misstrauen gegenüber der amerikanischen Demokratie zu säen. Demokratische Wähler hätten in mindestens vier Bundesstaaten, darunter in Florida, Pennsylvania und Arizona, Drohbriefe erhalten, in denen ihnen gedroht werde, sollte sie nicht Trump wählen, werde man sie verfolgen. Als Absender sei die ultrarechte Gruppe Proud Boys angegeben worden. Auch diese Aktion sollte Trump schaden.

Chris Wray, Direktor der Bundespolizei FBI, der an der Pressekonferenz teilnahm, erklärte, jedes Land, das versuche, auf amerikanische Wahlen Einfluss zu nehmen, werde die Konsequenzen zu spüren bekommen. Die amerikanischen Wähler sollten sicher sein, dass ihre Stimme gezählt werde.

Wie Iran an die Registrierungsdaten gelangen konnte, sagten die beiden Politiker nicht. Iran wies die Vorwürfe zurück. Aliresa Mirjusefi, Sprecher der iranischen Botschaft bei den Vereinten Nationen, twitterte: „Anders als die USA mischt sich Iran nicht in die Wahlen anderer Länder ein. Die Welt ist Zeuge der verzweifelte öffentlichen Versuche der USA geworden, den Ausgang ihrer eigenen Wahlen auf höchster Ebene in Frage zu stellen.“

KOSTEN FÜR DIE PRÄSENZ IRANS IN DER REGION

Nach Darstellung des Vizeoberkommandierenden der Revolutionsgarden, General Ali Fadawi, liegen die Gesamtkosten für die Präsenz Irans in der Region seit 2006 bis heute bei etwa 20 Milliarden Dollar. Zugleich erklärte General Haya Rahim Safawi, Militärberater des Revolutionsführers: „Alles, was wir in Syrien und Iran ausgegeben haben, werden wir zurückbekommen.“

„Diese Summen sind im Vergleich zu den Erfolgen, die wir in der Region erzielt haben, gering,“ sagte Fadawi im staatlichen Fernsehen am 27. Oktober. Die Ausgaben Irans im achtjährigen Krieg gegen Irak hätten bei 19,6 Milliarden Dollar gelegen. Demgegenüber hatte die UNO den Schaden Irans in dem achtjährigen Krieg auf 97 Milliarden Dollar geschätzt. Iran selbst verlangte damals eine Entschädigung von 1.000 Milliarden Dollar.

Kürzlich hatte die Sprecherin des US-Außenministeriums, Morgan Ortagus, auf Twitter behauptet, Iran habe seit 2012 rund 16 Milliarden Dollar zur Unterstützung seiner terroristischen Verbündeten in der Region ausgegeben. Die Abteilung für Angelegenheiten Syriens bei der UNO hatte vor einigen Jahren erklärt, Irans Ausgaben in Syrien lägen im Durchschnitt bei jährlich rund sechs Milliarden Dollar.

Erstaunlicherweise erklärte der iranische Abgeordnete Heschmatollah Falahatpischeh im April dieses Jahres, Iran habe in den vergangenen zehn Jahren allein Syrien mit 20 bis 30 Milliarden Dollar unterstützt. „Wir müssen dieses Geld zurückverlangen. Es ist das Eigentum des Volkes,“ sagte er.

Indes erklärte General Safawi auf einer Tagung zum Thema „Heilige Verteidigung an der Widerstandsfront:“ „Wir sind bereit, jedem islamischen und nicht-islamischen Land zu helfen, das unsere Unterstützung verlangt. Aber wir lassen uns dafür Geld geben.“ „Für jede Hilfe für Irak haben wir Dollars bekommen. Auch mit den Syrern haben wir vertraglich Gegenleistungen für unsere Unterstützung vereinbart. Allerdings haben die Russen mehr als wir aus Syrien Nutzen gezogen. Wir haben Venezuela Benzin gegeben und dafür Goldbarren erhalten, die wir mit dem Flugzeug in unser Land gebracht haben, damit unterwegs nichts passiert.“ Zuvor hatte der iranische Botschafter in Venezuela bestritten, dass Iran Benzin gegen Gold getauscht habe.

ROHANI GRATULIERTE DEM IRANISCHEN VOLK ZUR AUFHEBUNG DES WAFFENEMBARGOS

Irans Präsident Hassan Rohani hat am 14. Oktober dem iranischen Volk wegen der Aufhebung des seit zehn Jahren andauernden Waffenembargos gratuliert. „Vom 18. Oktober an können wir, wenn wir wollen, von jedem Waffnen kaufen und jedem Waffnen verkaufen,“ sagte er. Die Aufhebung des Waffenembargos sei eines der Ergebnisse des Waffenabkommens und eine Antwort für all jene, die fragen, was uns das Abkommen gebracht habe.

Gemäß dem Atomabkommen zwischen Iran und den UN-Vetomächten plus Deutschland aus dem Jahr 2015 endete das Waffenembargo am 18. Oktober 2020 – vorausgesetzt, Iran erfülle seine eingegangenen Verpflichtungen. Unter den Vertragspartnern meinen allein die USA, dass Iran in mehrfacher Hinsicht gegen das Abkommen verstoßen habe. Die

USA selbst hatten im Mai 2018 das Abkommen verlassen. Dennoch fordern sie seit einem Jahr, die fristlose Verlängerung des Waffenembargos. Obwohl die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des UN-Sicherheitsrats die US-Forderung ablehnte, hat Washington allen Staaten mit Sanktionen gedroht, die mit Iran Waffengeschäfte machen.

Inwieweit Iran trotz einer starken wirtschaftlichen Krise in der Lage sein wird, Waffen zu kaufen bleibt fraglich. Ebenso fraglich bleibt, welches Land oder Unternehmen sich leisten könnte, trotz US-Sanktionen mit Iran Waffengeschäfte zu machen.

UN-GENERALSEKRETÄR ZEIGT SICH ÜBER LAGE DER MENSCHENRECHTE IN IRAN „ERNSTHAFT BESORGT“

UN-Generalsekretär Antonio Guterres zeigte sich in einem Bericht über die Lage der Menschenrechte in Iran, insbesondere über das brutale Vorgehen gegen Demonstranten im vergangenen November, „ernsthaft besorgt.“

Der Bericht, der die Lage der Menschenrechte in der Zeit vom 1. Oktober 2019 bis 10. Juni 2020 umfasst, basiert auf Informationen der iranischen Regierung und Informationen von regierungsunabhängigen Organisationen, Medienberichten und Interviews mit Zeugen und Betroffenen und deren Angehörigen und Anwälten.

„Die Lage der Menschenrechte in der Islamischen Republik ist wegen der permanenten und eklatanten Verletzung der Menschenrechte äußerst besorgniserregend,“ erklärt Guterres. Ein Teil des Berichts behandelt die repressive Reaktion der Machthaber auf die Demonstrationen im November 2019 und Januar 2020 und spricht von „massiver, tödlicher Gewalt, die Sicherheits- und Ordnungskräfte gegen Demonstranten“ eingesetzt hätten.

Die Zahl der Todesstrafen, vor allem gegen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, sei weiterhin „hoch.“ Ferner richte sich die Gewalt gegen Andersdenkende, gegen Kritiker, Verteidiger der Menschenrechte, Journalisten, die zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt würden. Willkürliche Festnahmen und Urteile, Missachtung der Rechte der Frauen, Mädchen und Minderheiten gehörten zum Alltagsleben in der Islamischen Republik.

Der Bericht erwähnt auch die Repressionen gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter persischsprachiger Medien im Ausland und deren Angehörige im Inland.

Das brutale Vorgehen gegen Demonstranten, die im November 2019 gegen die Erhöhung der Benzinpreise protestierten, sei „zutiefst besorgniserregend.“ Offensichtlich seien diese Proteste gegen die politischen und wirtschaftlichen Zustände in Iran gerichtet gewesen. Dabei habe die Regierung die Demonstranten als „Herumtreiber“ bezeichnet, „die dem iranischen Volk den Rücken gekehrt und sich in den Dienst der Feinde der Islamischen Republik“ gestellt hätten. Den Berichten zufolge, die der UNO vorliegen, sei gegen die Protestierenden massive Gewalt angewendet worden, soweit, dass Sicherheitsbeamte gezielt auf die Köpfe und lebenswichtigen Organe der Demonstrierenden und Unbeteiligte geschossen hätten. Dabei seien in den Tagen zwischen dem 15. und 19. November mindestens 304 Personen, darunter 23 Kinder (22 Jungen und ein Mädchen) und 10 Frauen in 37 Städten getötet worden. Einem iranischen Parlamentsabgeordneten zufolge seien bei diesen Demonstrationen mindestens 7.000 Menschen festgenommen worden. Die Inhaftierten hätten keine medizinische Versorgung bekommen, sie seien gefoltert und zu Geständnissen gezwungen worden.

Der Generalsekretär zeigte sich besorgt, dass die iranische Justiz nach wie vor die Todesstrafe auch gegen jene anwendet, die verbriefte Menschenrechte in Anspruch nehmen. Auch freiwillige sexuelle Beziehungen, Drogenkonsum sowie dubiose Vorwürfe wie „Krieg gegen Gott“ oder „Verderber auf Erden“ würden mit dem Tode bestraft.

Laut dem UN-Bericht wurden 2019 in Iran 280 Personen hingerichtet, 13 davon öffentlich. Zwischen dem 1. Januar und 23. April 2020 habe es 84 Hinrichtungen gegeben.

Der Generalsekretär zeigt sich weiterhin besorgt darüber, dass das Recht der Angeklagten auf einen fairen und gerechten Prozess nicht umgesetzt werde. Am 10. Juni 2020 gab es in Iran mindestens 90 Minderjährige, die auf den Vollzug ihrer Todesstrafen warteten, obwohl Iran die Charta der Vereinten Nationen bezüglich der Rechte von Kindern und Jugendlichen unterzeichnet habe. Darin wird die Todesstrafe gegen Personen unter 18 Jahren strikt verboten. In der Islamischen Republik seien seit 2013 mindestens 33 Menschen unter 18 Jahren hingerichtet worden.

Guterres zeigte sich schließlich besorgt über das Schicksal der Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit und der derzeit in Iran inhaftierten Umweltschützer.

EINIGUNG ZWISCHEN IRAN UND UKRAINE VERTAGT

Die dreitägigen Verhandlungen zwischen Iran und Ukraine über Schadenersatzzahlungen für den Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine gingen am 21. Oktober ohne Ergebnis zu Ende. Die Maschine wurde am 8. Januar kurz nach dem Start in Teheran von der iranischen Luftabwehr abgeschossen. Alle 176 Insassen kamen dabei ums Leben. Die meisten Opfer stammten aus Iran, aber auch Kanadier, Ukrainer, Afghanen, Briten und Schweden waren unter den verunglückten Passagieren.

Iran hatte zunächst erklärt, zuständig für den Schadenersatz seien die Versicherungen. Doch später erklärte sich Teheran zu Verhandlungen über Schadenersatzzahlungen bereit. Obwohl die Expertenteams und Delegationen beider Länder, die an den Verhandlungen teilnahmen, keine Einigung erzielt hatten, sprachen sie von konstruktiven Gesprächen. Sie vereinbarten ein weiteres Treffen für Ende November oder Anfang Dezember.

NEUER BOTSCHAFTER IRANS IN SANAA EINGETROFFEN

Das Teheraner Außenministerium gab am 17. Oktober bekannt, dass Hassan Irlu als neuer Botschafter Irans in Jemen in Sanaa eingetroffen sei. Die Hauptstadt wird von den Huthi-Rebellen kontrolliert. Iran ist das einzige Land, das mit den Huthis diplomatische Beziehungen pflegt. Damit nimmt die iranische Botschaft in Jemen nach fünf Jahren ihre Arbeit wieder auf.

Iranischen Medien zufolge hatten die Huthis vor einem Jahr ihren Botschafter Ebrahim Mohammad Dalimi nach Teheran geschickt. Das Teheraner Außenministerium hatte wohl zunächst Bedenken, ebenfalls einen Botschafter nach Sanaa zu schicken und sich erst jetzt dazu entschlossen. Im vergangenen Oktober erklärte das Teheraner Außenministerium, die Angriffe gegen die iranische Botschaft erschwerten die Entsendung eines Botschafters.

Seit dem Beginn des Bürgerkriegs in Jemen unterstützt Iran die Huthis, während Saudi-Arabien und seine Verbündeten die offizielle Regierung von Mansur Hadi unterstützen. Während Hadi nach Saudi-Arabien geflüchtet ist, residiert seine Regierung nach der Eroberung der Hauptstadt Sanaa durch die Huthis in Aden, der zweitgrößten Stadt des Landes. Der letzte iranische Botschafter hatte Jemen 2015 verlassen.

Am 15. Und 16. Oktober gab es einen großen Gefangenenaustausch zwischen den Kriegsgegnern. 680 Huthi-Kämpfer wurden gegen 400 Regierungssoldaten ausgetauscht, was als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Waffenstillstand oder gar einem Frieden aufgefasst werden könnte.

ABDULLAH ABDULLAH IN TEHERAN

Der afghanische Politiker und Vorsitzende des Hohen Friedensrats Afghanistans, Abdullah Abdullah, traf am 18. Oktober zu einem offiziellen Besuch in Teheran ein. Der Iran-Besuch gehörte zu den Reisen, die Abdullah in verschiedene Staaten unternahm, um für die Friedensbemühungen in seinem Land die Unterstützung anderer Staaten zu erhalten. In Teheran traf Abdullah unter anderem Außenminister Mohammad Dschawad Sarif. Bei dem Gespräch wurde laut der staatlichen Agentur Irna über bilaterale Beziehungen zwischen den Nachbarländern Iran und Afghanistan und über Frieden, Sicherheit und Stabilität in Afghanistan gesprochen. Abdullah wurde von einigen Regierungsmitgliedern und Parlamentsabgeordneten begleitet.

Madschib al Rahman Rahimi, Mitglied des Friedensrats, schrieb auf Facebook: „Aus unserer Sicht bedeuten Frieden und Stabilität in Afghanistan, Frieden und Stabilität der gesamten Region und darüber hinaus. Ein Ende der Krise, der Instabilität, der Angst, des Extremismus und des Anbaus und Schmuggels von Drogen könnte eine neue Epoche der Zusammenarbeit, eines regen Handels und einer raschen Entwicklung einleiten.“

Abdullah hatte zuvor Pakistan und Indien besucht. Kurz vor seiner Reise nach Iran hatte der US-Beauftragte für Afghanistan, Zalmay Khalilzad, erklärt, Iran möchte, dass die USA weiterhin in Afghanistan einen kostspieligen, aussichtslosen Krieg führen und alle Friedensbemühungen scheitern, mit dem Ziel Afghanistan als ein Instrument gegen die Vereinigten Staaten einsetzen zu können.

Zuvor hatten die USA Iran vorgeworfen, die Taliban mit Waffen versorgt zu haben, was Teheran als „unbegründet und abwegig“ bezeichnete. Auch Rahmatollah Nabil, ehemaliger Chef des Nationalen Sicherheitsrats Afghanistans, hatte, als wenige Tagen zuvor die militärischen Auseinandersetzungen in der südlichen Provinz Helmand wieder entflammt waren, Iran und Pakistan dafür verantwortlich gemacht.

Demgegenüber sagte Irans Vizeaußenminister Abbas Araghtschi, Iran unterstütze die afghanische Regierung und die Verfassung des Landes und sei davon überzeugt, dass die Taliban die Verfassung anerkennen sollten, um an der Gestaltung der Zukunft des Landes beteiligt werden zu können.

ZEHN MITGLIEDER EINER TERRORZELLE IN SAUDI-ARABIEN FESTGENOMMEN

Offiziellen Angaben vom 29. Oktober zufolge wurden zehn Mitglieder einer Terrorzelle in Saudi-Arabien festgenommen. Demnach hätten drei von ihnen in den Camps der iranischen Revolutionsgarden anderthalb Monate lang „militärisches Training und Gelände-Ausbildung erhalten, auch im Bau von Sprengkörpern“ seien sie geschult worden. Die anderen hätten ebenfalls in Verbindung zu den Garden gestanden.

Der saudischen Geheimdienstbehörde sei es gelungen, die Mitglieder der Gruppe zu identifizieren und Waffen- und Sprengstofflager zu entdecken, hieß es. Dabei seien Sprengstoff, Schwarzpulver, Chemikalien und militärische Uniformen sichergestellt worden. Auch Abhörtechnik und Computer sowie Waffen und Munition seien gefunden worden. Die staatliche Nachrichtenagentur veröffentlichte Fotos von den entdeckten Waffen.

Die Geheimdienstbehörde erklärte, sie werde demnächst genaue Angaben zu den festgenommenen Personen und deren Verbindungen zu Personen und Institutionen im In- und Ausland veröffentlichen und sie der Justiz zu Verfügung stellen. Der Chef der Behörde bekundete seine Entschlossenheit, „kriminelle Aktivitäten zu unterbinden und alle Personen, die die Absicht hätten, der Sicherheit und Stabilität des Landes Schaden zuzufügen, zur Rechenschaft zu ziehen.“

Iran dementierte die Angaben. Said Chatibsadeh, Sprecher des Außenministeriums, sagte: „Saudi-Arabien sollte sich, statt wertlose und bestellte Szenarien zu schreiben, für Wahrheit und Vernunft entscheiden.“ Die Vorwürfe reihten sich ein in „wertlose und sich wiederholende Stellungnahmen der letzten Jahre. (...) Die saudischen Führer ignorieren jede politische Vernunft, versuchen mit billigen Szenarien und Lügen Iran zu denunzieren, um damit von ihren politischen Niederlagen abzulenken.“

IRANS BOTSCHAFTERIN IN DÄNEMARK EINBESTELLT

Das Außenministerium in Kopenhagen hat die iranische Botschafterin, Afsaneh Nadipur, einbestellt, weil die Botschaft iranische Frauen in Dänemark unter Druck setzt, sich „islamisch“ scheiden zu lassen.

Außenminister Jeppe Kofod sagte dänischen Medien vom 7. Oktober zufolge, sein Land werde niemals zulassen, dass „eine Botschaft gegen Gesetze und demokratische Grundsätze Dänemarks handelt.“

Laut Medienberichten wurden islamische Frauen unter Druck gesetzt, sich, im Falle einer Scheidung, nach den Anweisungen der islamischen Geistlichen und Imamen der Moscheen zu richten. In einem Fall hatte ein Imam einer Frau gesagt, wenn sie nach der Scheidung wieder heirate, werde sie das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren.

Außenminister Kofod sagte: „Ich habe Berichte bekommen, die besagen, dass die iranische Botschaft an islamische Frauen herantrete, sie unter Druck setze, damit sie sich bei einer Trennung islamisch scheiden. Ich nehme diese Berichte sehr ernst.“ Daher habe er sehr rasch reagiert.

Die dänische Regierung erklärte, sie werde dem Parlament einen Gesetzentwurf vorlegen, der für derlei Aktivitäten eine dreijährige Gefängnisstrafe vorsieht.

Aus Teheran gab es bislang keine Stellungnahmen zu den Vorwürfen und der Einbestellung der Botschafterin.

US-GERICHT VERURTEILT IRAN ZU EINER ENTSCHÄDIGUNGSZAHLUNG IN HÖHE VON 1,4 MILLIARDEN DOLLAR

Ein US-Gericht hat Iran zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar an die Familie von Robert Levinson verurteilt. Levinson war ein amerikanischer Agent, der im Auftrag der FBI im März 2007 nach Iran gereist war. Er wurde zuletzt am 7. März 2007 gesehen. Seither fehlt von ihm jede Spur.

Die damalige US-Regierung behauptete, Levinson sei auf einer privaten Geschäftsreise gewesen. Doch 2012 berichtete die US-Nachrichtenagentur UPI, er sei im Auftrag der CIA in Iran gewesen. Und vor vier Jahren schrieb Washington Post, Levinson habe den Auftrag gehabt, über Korruption in Iran zu forschen und einen umfassenden Bericht für die CIA zu verfassen.

Sowohl die US-Regierung als auch die Familie Levinson behaupten, Robert Levinson sei in all den Jahren in iranischer Haft gewesen, bis er mutmaßlich gestorben sei. Teheran behauptet hingegen, absolut keine Informationen über den Verbleib Levinsons zu haben. Er sei nie festgenommen worden und er sei nie in einem iranischen Gefängnis gewesen. Der Richter, der Iran zu der hohen Geldstrafe verurteilte, sagte, er habe sein Urteil nach Beratung durch einen Sachverständigen gefällt. Der Familie Levinson stehe eine Summe

in Höhe von 107 Millionen Dollar als Entschädigung zu und 1,3 Milliarden Dollar, die Iran als Strafe für Kidnapping mit Todesfolge zu zahlen habe.

Die Familie Levinson begrüßte das Urteil und erklärte: „Dieses Urteil ist ein erster Schritt zu der Gerechtigkeit, die Robert zusteht, einem amerikanischen Patrioten, der gekidnappt wurde und 13 Jahre lang unvorstellbare Qualen erleiden musste.“ Bislang habe dieses Verbrechen für Iran keine Folgen gehabt. „Das Urteil wird Robert nicht nach Hause bringen. Aber wir hoffen, dass es eine Warnung an Iran sein wird, mit dem Menschenraub aufzuhören.“

GESCHÄFTSFÜHRER DER FRANZÖSISCHEN BOTSCHAFT INS AUßENMINISTERIUM EINBESTELLT

Das Teheraner Außenministerium hat am 26. Oktober aus Protest gegen die Veröffentlichung der Mohammad-Karikaturen den Geschäftsführer der französischen Botschaft einbestellt. Frankreichs Führung habe die Veröffentlichung der „beleidigenden“ Karikaturen verteidigt und damit bei Millionen Muslime in Europa und in der ganzen Welt Wut und Entsetzen erzeugt, hieß es.

In dem Protestschreiben hieß es: „Jeder Art von Beleidigung gegen den Propheten und gegen islamische Heiligtümer ist, von wem und welcher Instanz sie auch immer ausgeht, auf das Schärfste zu verurteilen.“

Anlass des Protestes war die Äußerung des französischen Präsidenten Emmanuel Macrons, der nach dem Mord an einen französischen Lehrer die extremen Islamisten gewarnt hatte, die säkularen Werte Frankreichs zu bedrohen. Frankreich werde auf die Karikaturen nicht verzichten, sagte er. Die Veröffentlichung von Karikaturen sei im Rahmen der freien Meinungsäußerung erlaubt und legitim.

Das Außenministerium in Teheran warf Frankreich vor, die Feindschaft gegen den Islam zu schüren und Hass zu verbreiten. Das werde zu weiteren radikalen Reaktionen islamischer Gruppen führen. Auch Außenminister Mohammad Dschawad Sarif übte scharfe Kritik gegen Frankreich und den gesamten Westen. „Muslime sind die Hauptopfer der Hasskultur, die von Kolonialmächten gestärkt und von ihrer eigenen Klientel exportiert wird,“ twitterte er. 1,9 Milliarden Muslime und ihre Heiligtümer zu beleidigen, um ein entsetzliches Verbrechen zu ahnden, sei nichts anderes als „opportunistischer Missbrauch des Rechts auf freie Meinungsäußerung. (...) Das befeuert nur den Extremismus.“

Bereits am Vortag hatten die Revolutionsgarden gegen den französischen Präsidenten protestiert und ihn als „dumm, dreist und islamfeindlich“ bezeichnet. Die Garden seien bereit, gegen Islamhasser und Beleidiger des Propheten eine starke Front der Muslime zu bilden. Macrons Stellungnahme zeige, dass der Versuch, die rasche Verbreitung des Islam zu verhindern, gescheitert sei. In ihrer Erklärung unterstützten die Garden indirekt den Aufruf des türkischen Präsidenten zum Boykott französischer Waren. Auch der Parlamentspräsident, der Justizchef und der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats kritisierten die Haltung der französischen Regierung.

Am 29. Oktober meldete sich auch Revolutionsführer Ali Chamenei zu Wort. In einer Stellungnahme, die, gerichtet an „die Jugend Frankreichs,“ auf seiner Webseite erschien, schreibt er: „Fragt Macron, warum er die Beleidigung des Propheten Mohammad als freie Meinungsäußerung bezeichnet. Fragt ihn dann, warum der Zweifel am Holocaust mit Gefängnis bestraft wird, die Beleidigung des Propheten aber als freie Meinungsäußerung gilt?“ Eine solche Auffassung von freier Meinungsäußerung sei „eine Beleidigung des Verstandes eines Volkes, das Herrn Macron gewählt hat.“

IRAN VERURTEILT ANNÄHERUNG ZWISCHEN ISRAEL UND SUDAN

Einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters vom 24. Oktober zufolge verurteilte das Teheraner Außenministerium die diplomatische Annäherung zwischen Sudan und Israel. Damit die USA Sudan aus ihrer Terrorliste streichen, sei das Land bereit, Lösegeld zu zahlen, erklärte das Ministerium. „Offensichtlich ist die Liste so unecht wie der Kampf der USA gegen den Terrorismus.“

Sudan ist nach den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain der dritte arabische Staat, der in den vergangenen Wochen unter Vermittlung der USA diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen hat. US-Präsident Donald Trump hatte Sudan in Aussicht gestellt, das Land von der Terrorliste zu streichen, sobald es sich bereit erkläre, für die Opfer der Al-Kaida-Anschläge auf US-Botschaften in Kenia und Tansania im Jahr 1998 Entschädigungen zu zahlen. Sudan hat das Angebot angenommen und die Summe auf das entsprechende Treuhandkonto überwiesen, berichtete Reuters.

IRANS ROLLE IM KRIEG UM BERG-KARABACH

Said Chatibsadeh, Sprecher des Teheraner Außenministeriums, sagte am 6. Oktober der Presse, Iran werde keine Verletzung seiner Grenzen dulden. „Das ist unsere rote Linie.“ Iran habe bereits einen Plan zur Beilegung der Auseinandersetzungen zwischen Armenien und Aserbaidschan ausgearbeitet und werde ihn nach Beratung mit beiden Ländern und anderen Nachbarstaaten vorlegen. Iran achte die territoriale Integrität der Republik Aserbaidschans, fordere aber beide Staaten auf, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, die Waffen ruhen zu lassen und diplomatische Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts aufzunehmen. Iran habe gute Beziehungen zu beiden Ländern und glaube damit eine besondere Rolle zu haben, um in diesem Konflikt vermitteln zu können, sagte Chatibsadeh.

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan dauert nun seit 30 Jahren. Iran hat stets versucht eine neutrale Position einzunehmen und zwischen den Kontrahenten zu vermitteln. Dennoch haben bei dem jüngsten Ausbruch des Krieges die Beauftragten des Revolutionsführers in den vier Provinzen, West- und Ost-Aserbaidschan, Ardebil und Sandschan gemeinsam erklärt, Berg-Karabach gehöre zu Aserbaidschan.

Die Beziehungen zwischen Iran und Armenien sind gut und vielfältig. Zig gemeinsame Projekte, darunter die Stromversorgung, untermauern die freundschaftliche Beziehung. Demgegenüber sind die Beziehungen zu Aserbaidschan zeitweise brüchig gewesen. Indes warnte Präsident Rohani vor den Gefahren, die ein Krieg zufolge haben könnte. „Wir sollten höllisch aufpassen, dass aus diesem Konflikt kein regionaler Krieg wird, denn von dem würde definitiv niemand profitieren,“ zitierte ihn dpa in einer Meldung vom 7. Oktober. Das habe er auch den Präsidenten beider Staaten „klar und deutlich“ mitgeteilt. „Mit Gewalt lassen sich Probleme nicht lösen, es gibt andere Wege,“ sagte Rohani. Er kritisierte indirekt die Türkei und sagte: „Unter irgendwelchen Vorwänden Terroristen, die wir in Syrien bekämpft und besiegt haben, an die Front und damit an Irans Grenzen zu schicken, ist inakzeptabel.“ Der Konflikt sei nur diplomatisch zu lösen, betonte auch Rohani und bot Irans Vermittlung an.

In Iran leben Millionen Aseris, die sich mit der muslimisch geprägten Republik Aserbaidschan brüderlich verbunden fühlen. Daher gab es in diesen Tagen in den genannten Provinzen immer wieder Demonstrationen zugunsten Aserbaidschans. In Iran leben aber ebenfalls mehr als 150.000 Armenier, was eine eindeutige Stellungnahme der Regierung zugunsten einer Partei erschwert, zumal, wie bereits erwähnt, die Beziehungen Teherans zu Armenien besser sind als jene zu Aserbaidschan.